

Privatisierung der Bildung

Bildung aus Gütersloh – im Ländle?

Weltweit verschieben sich die Gewichte zwischen Ökonomie und Politik. Begleitet wird dies von der plan-

mäßigen finanziellen Austrocknung des öffentlichen Sektors. Hauptakteur dieser Transformation* ist in

Deutschland die Bertelsmann-Stiftung, die u.a. in Ravensburg und Freiburg aktiv ist.

Von Ingrid Lohmann

Ingrid Lohmann lehrt Historische Bildungsforschung an der Universität Hamburg. Der Artikel ist eine Kurzfassung ihres Vortrags auf dem 20. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), „Bildung - macht - gesellschaft“, im März 2006 an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt/Main, der ausführlicher in der Wochenzeitung Freitag 31/2006 erschien.

**) Der Soziologe Arno Klönne spricht sogar vom „Umsturz“.*

In Deutschland begann das alles einst in Nordrhein-Westfalen. Mit Unterstützung der NRW-Landesregierung wurde dort in den frühen neunziger Jahren die betriebswirtschaftliche Transformation der Schulen auf den Weg gebracht, mit einem Modellversuch, der später zum „Internationalen Netzwerk innovativer Schulsysteme“ (1997 bis 2005) ausgeweitet wurde. Damals gab Reinhard Mohn der Bildungskommission in NRW noch höchstpersönlich die Marschrichtung für „zentrale Denkanstöße für ein zukunftsfähiges Schulsystem“ vor. Neueren Datums ist das Bertelsmann-Projekt „Eigenverantwortliche Schule und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen“, das 2005 mit Starthilfe der Landesregierung Niedersachsen in Angriff genommen wurde: Rund 130 allgemeinbildende Schulen haben sich dort „auf den Weg der Eigenverantwortlichkeit“ begeben. Und 1.255 Schulen in sämtlichen 16 Bundesländern benutzen kaum ein Jahr später „Selbstevaluation in Schulen“, das softwaregestützte Instrument zur „Qualitätsverbesserung von Schulen“ – natürlich von Bertelsmann.

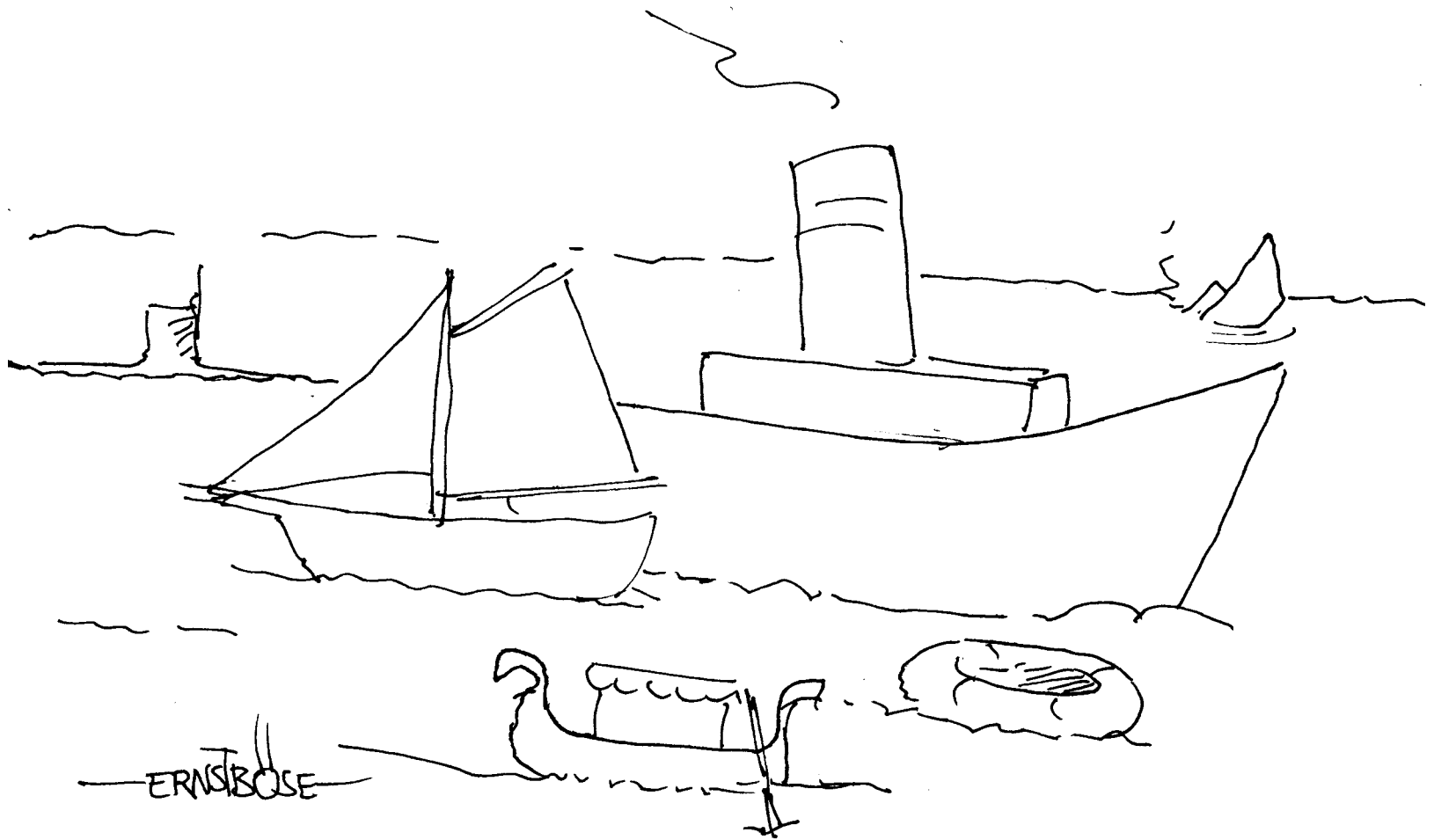
Bertelsmann ist immer schon da

Wer darauf hinweist, dass dabei von Freiwilligkeit oder gar Autonomie der Schulen keine Rede sein kann, gilt als ewiggestrig. Denn längst machen die Landesregierungen ihre Mittelzuweisungen und den „guten Ruf“ einer Schule von der Teilnahme an Bertelsmann-Projekten abhängig, und längst sitzen Bertelsmann-Repräsentanten in den Kultusministerien der Bundesländer, um dafür zu sorgen, dass die frisch

gewonnene föderale Eigenständigkeit auch in Schulangelegenheiten die richtige Richtung nimmt. Ob Schulleitungen wollen oder nicht: Entweder sie beteiligen sich an einem Bertelsmann-Projekt oder die jeweiligen Landesregierungen – eingeklemmt zwischen der Politik der „leeren Kassen“ und den Qualitätsbeweisen, die auch ihnen inzwischen permanent abgefordert werden – zwingen sie dazu. Die Bertelsmann-Stiftung ist immer schon da und stellt den auf diese Weise „interessierten“ Schulen „standardisierte Steuerungsinstrumente“ zur Planung und Evaluierung von Schulentwicklungsprozessen zur Verfügung. Deren Einsatz mündet im Ergebnis in die angeblich qualitätsvergleichenden, vor allem aber wettbewerbsgerechten „Berichte für die Schule“. Diese wiederum dienen dann als Grundlage für die schulische Maßnahmenplanung, die ihrerseits die konkurrenzgetriebene Umwandlung der jeweiligen Schule in ein warenproduzierendes Unternehmen beschleunigt. Vorbereitet wird auf diese Weise ihre feindliche Übernahme durch die Bildungsindustrie, die meist nicht einmal als solche erkannt oder angesehen wird. Denn auch die mediale Öffentlichkeit wird von Bertelsmann dominiert.

Kommerzialisierung

Im Prozess der Abschaffung öffentlicher allgemeiner Bildung ist diese Form der Privatisierung in Deutschland heute auf schulischer Ebene vorherrschend und zumindest gegenwärtig noch bedeutender als direkte Formen der Kommerzialisierung, wie sie zum Bei-



Die neue Bildungslandschaft: Jede Schule ein kleines Unternehmen

spiel die US-Entwicklung bestimmen (wo Hochschulabsolventen mit durchschnittlich 20.000 Dollar Schulden unter anderem aufgrund von Studiengebühren in den Arbeitsmarkt eintreten). Allerdings greifen Privatisierung und Kommerzialisierung ineinander, bedingen und verstärken sich gegenseitig. Auch hierzulande sind längst aus Bildungsinstitutionen, die nach den Regeln öffentlicher Einrichtungen funktionieren, „Felder wirtschaftlichen Handelns“ geworden – so die Erziehungswissenschaftlerin Elisabeth Flitner am Beispiel der Unternehmensinteressen, die hinter den PISA-Studien der OECD stehen. Die allgegenwärtige Propagierung quantifizierender und vergleichender Leistungsmessungen ist Teil der Verankerung einer Logik der kapitalistischen Warenform. Mit ihrer Hilfe werden Schulen und Hochschulen in viele kleine Unternehmenseinheiten umgewan-

delt und so für die weitere Bewirtschaftung durch die in- und ausländische Medienindustrie aufbereitet. Dafür positioniert sich Bertelsmann auf dem nationalen wie dem internationalen Markt.

Denn wie im Welthandelsabkommen GATS vorgesehen, fallen auch Bildungsinstitutionen unter Begriff und Zugriff von Dienstleistungsunternehmen. Das ist auch die Perspektive der EU-Binnenmarktpolitik, übrigens in vollkommenem Einklang mit Bertelsmann. Fraglich ist allerdings, ob in diesen erst beginnenden Prozessen der Privatisierung und Kommerzialisierung die noch bestehende Übereinstimmung der Interessen zwischen dem „Kraken“ Bertelsmann (Albrecht Müller) und den „Heuschrecken“ Bestand hat. Es könnte durchaus sein, dass der einst geniale Schachzug der Überführung der AG ins Mehrheitseigentum der Bertelsmann-Stiftung sich gegen sie kehrt; schon im Mai 2006 konnte der ungewollte Börsengang der AG ja nur mit knapper Not verhindert werden.

Bertelsmann-Stiftung

Die Bertelsmann-Stiftung ist eine gemeinnützige, international agierende Stiftung mit Sitz in Gütersloh. Sie wurde 1977 gegründet und hält mittelbar über siebzig Prozent des Aktienkapitals der Bertelsmann AG. Die Stiftung will „konkrete Beiträge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme“ leisten und die „Grundsätze unternehmerischer, leistungsgerechter Gestaltung in allen Lebensbereichen zur Anwendung“ bringen. Die Stiftung nimmt unter anderem Einfluss auf die Bildungspolitik.

Neue Akteure

So ist die Tatsache, dass Stiftungen heute bei der Rekonfigurierung des zivilgesellschaftlichen und edukativen Binnenraums eine derart beherrschende Rolle spielen können, eine hochgradig ambivalente Angelegenheit. Möglicherweise bieten sich hier auch neue Spielräume für demokratische Gestaltung. In seiner gegenwärtigen neuen Gestalt ist das deutsche Stiftungsrecht aber zunächst und vor allem ein wirksamer Hebel der steuerpolitischen Begünstigung Rei-

cher und Superreicher. Dabei werden mit dem so unscheinbar daherkommenden Thema Stiftungsrecht seit einigen Jahren weitreichende gesellschaftspolitische Weichenstellungen vorgenommen. Ziel ist der Aufbau eines dritten Sektors zwischen Staat und Wirtschaft. Ergänzend zur strategisch angelegten Politik der „leeren öffentlichen Kassen“ befördert dieser Weg zur mutmaßlichen Stärkung der „Zivilgesellschaft“ wohl doch in erster Linie die bereits bestehende Ungleichheit zwischen Arm und Reich und den Ausschluss eines großen Teils der Bevölkerung von der politischen Gestaltung. Und dennoch: Da es historisch nur wenig Anlass gibt, das gesellschaftspolitische Gefüge, das Deutschland bisher bestimmt hat, zu verklären, mag das Entstehen eines solchen dritten Sektors neue Handlungsspielräume erzeugen. Und warum nicht auch neuartige Akteure?

Was können Menschen, die im pädagogischen Bereich arbeiten, tun? Zumindest dreierlei: Erstens, sich in Zukunft genauer anschauen, mit wem man kooperiert, denn Stiftung ist nicht gleich Stiftung, Drittmittel sind nicht gleich Drittmittel, und selbst „Zivilgesellschaft“ ist konzeptionell nicht gleich „Zivilgesellschaft“. Zweitens ist zu fragen, ob die allgemein-pädagogische Auffassung, wonach pädagogisches Handeln gegenüber dem Ökonomischen eine Eigenstruktur und eine Eigenlogik hat und haben sollte, wirklich ohne Schaden über Bord geworfen werden kann. Und drittens sind mit politikwissenschaftlichen Methoden und den Mitteln des investigativen Journalismus viel mehr Netzwerkanalysen der neuen postnationalen Einflussgeflechte zu betreiben und an die Öffentlichkeit zu bringen. Jedenfalls, solange wir noch eine haben.

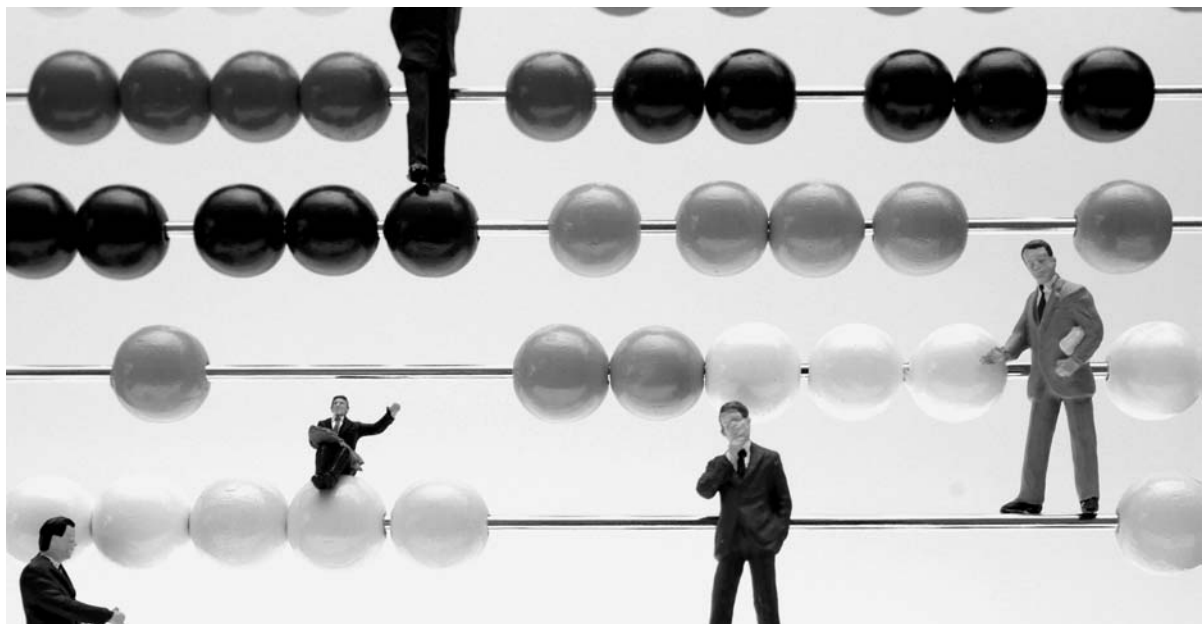
Einführung von Leistungskennziffern

Was gut ist für Bertelsmann, ist gut für die gesamte Republik. So fassen Frank Böckelmann und Hersch Fischler in ihrem Bertelsmann-Buch die Weltsicht des Reinhard Mohn zusammen und liefern dafür reichhaltige Belege. Dem Einfallsreichtum der Bertelsmann-Stiftung verdanken wir unter anderem die Idee eines Niedriglohnssektors, die Ausgestaltung des „Bündnisses für Arbeit“, der „Agenda 2010“ und von „Hartz IV“.

Im Jahre 1994 gründete die Stiftung das „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE). Diese Denkfabrik betreibt seither den Umbau der Hochschulen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, ist weitgehend für die Einführung des Bachelor-Master-Studiensystems verantwortlich und moderiert die Einführung von Studiengebühren. 1995 kam das „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) an der Universität München mit rund 60 Mitarbeitern hinzu. Es wird geleitet von Werner Weidenfeld, einem Politikwissenschaftler und

Netzwerker, der bereits seit 1992 Mitglied des Vorstands der Bertelsmann-Stiftung ist und später ihres Präsidiums wurde. Gemeinsam mit der Stiftung betreibt das CAP zahlreiche strategische Projekte zur Zukunft Europas – bis hin zur Einflussnahme auf den Entwurf einer europäischen Verfassung und auf die Pläne zur verstärkten Militarisierung der EU.

Die Bertelsmann-Stiftung bereitet die weitere Ausdehnung der Konzerngeschäftsfelder im Bildungs- und Wissenschaftssystem vor. Zu diesem Zweck verankert das Haus Bertelsmann europaweit in den Bildungsinstitutionen Grundsätze zur Leistungsmessung und -optimierung. Damit erhält betriebswirtschaftliche Effizienz oberste Priorität. Öffentliche Bibliotheken, Schulen und Universitäten nimmt Bertelsmann mit der Einführung von Leistungskennziffern, permanenten Rankings und Evaluationen und sonstigen Steuerungsinstrumenten an die Kandarre.



„Regionale Bildungslandschaft“ in Ravensburg

Bertelsmann-Projekt in Ba-Wü: Schulen aus dem Kreis Ravensburg und der Stadt Freiburg nehmen parallel an dem Projekt „Regionale Bildungslandschaften“ (RBL) teil, mit dem die Bertelsmann-Stiftung „einen Beitrag zur kontinuierlichen Fortschreibung einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ leisten möchte. Fritz Erb berichtet aus Ravensburg von den Erfahrungen des ersten Jahres:

Insgesamt 84 Schulen beteiligen sich an dem Anfang 2006 gestarteten dreijährigen Projekt in Ravensburg, das vom Land Baden-Württemberg, der Bertelsmann Stiftung und dem Landkreis Ravensburg gemeinsam getragen wird. Mit der Landesregierung und den beiden Regionen Freiburg und Ravensburg wurde folgende Zusammenarbeit vereinbart: Die Schulen sollen innerhalb der Projektlaufzeit Erhebungen mit Evaluationsinstrumenten ausführen, welche die Stiftung bereitstellt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen die Basis für Maßnahmenplanung zur Qualitätssteigerung sein. Innerhalb der Regionen sollen Vernetzungen mit Schularart übergreifenden und außerschulischen Partnern entstehen.

Ziel der 48 Grund- und Hauptschulen, 13 Sonderschulen, 11 Realschulen, sieben Gymnasien und fünf Berufsschulen ist es, mit diesem Vorhaben:

1. „für alle Kinder und Jugendliche optimale Lern- und Lebenschancen zu schaffen;“
2. „einen Beitrag zu mehr Lebensqualität und zur Standortsicherung in der Region zu leisten.“

(Infos zu Inhalten, Struktur und Steuerung der RBL durch Steuergruppe, Beirat und Bildungsbüro im Internet unter: www.bildungslandschaft-ravensburg.de.)

Kollegien verunsichert

Die regionalen Personalvertretungen in Freiburg und Ravensburg bedauern von Beginn an die insgesamt zu kurzfristigen Beteiligungsfristen. Außerdem haben unterschiedliche Vorgehensweisen in der Abstimmung, der laut Landespersonalvertretungsgesetz mitbestimmungspflichtigen Teile des Projektes, überall zu Verzögerungen und Verunsicherungen in den Kollegien geführt.

Die GEW begrüßte im Oktober letzten Jahres Evaluation als wichtiges Instrument, um an Schulen professioneller arbeiten und die Pädagogik weiterentwickeln zu können, wenn Qualitätsentwicklung nicht als Schul-TÜV und Kontrolle missbraucht werde. Allerdings sind 280 Deputate angesichts von 4.500 Schulen in Baden-Württemberg viel zu wenig. Voraussetzungen für ein Gelingen von Evaluation sind zusätzliche Zeitbudgets für Schulen, um ein Qualitätsmanagement zu entwickeln, eine qualifizierte Prozessbegleitung für jede Schule und Fortbildungsangebote für alle Beteiligten.

Auch die regionalen GEW Gliederungen in Südwürttemberg und Südbaden fordern unterstützende Schulentwicklungsfonds. Die zur Zeit, nach den ersten Interpretationskonferenzen der Evaluationsbe-

richte (SEIS-Evaluationsinstrument der Bertelsmann Stiftung), an den einzelnen Schulen anlaufenden Qualifizierungsmodule bedeuten besonders für die beteiligten Steuergruppen und Schulleitungen eine so noch nie erfahrene, inhaltlich und zeitlich zusätzliche Belastungsdimension.

Diese Evaluationssituation kann eindeutig nicht mehr zu dem mehr und mehr herangezogenen Begriff „Kerngeschäft“ der beteiligten Lehrer/innen gezählt werden! Beispielsweise müssen in 40 Prozent der an RBL beteiligten GHRS-Schulen im Landkreis Ravensburg die zusätzlichen Lasten von jeweils weniger als 15 (überwiegend teilzeitbeschäftigten!) Kolleg/innen pro Schule geschultert werden: Innerhalb von 12 Monaten finden für die Steuergruppen bis zu 17 zusätzliche Qualifizierungshalbtage außerhalb der innerschulischen Steuergruppenarbeit statt!

Fast 20 am Projekt „Regionale Bildungslandschaft (RBL) Ravensburg“ beteiligte Personen haben auf eine Umfrage des GEW Kreisverbandes Tettang geantwortet. Beirats- und Steuergruppenmitglieder, Lehrer/innen, Schulleitungen und Personalräte haben ihre kritischen und positiven Eindrücke nach einem von drei geplanten Jahren geschildert. Die folgenden Aussagen spiegeln ihre Erfahrungen des ersten Jahres wieder:

Struktur der Regionalen Bildungslandschaft (RBL)

In der Region wird eine Regionale Steuergruppe gegründet und durch Vertreter des Landes und der Kommune besetzt. Sie ist zuständig für strategische Entwicklungsziele, benennt Bildungsbedarfe und entwickelt Umsetzungsstrategien. Sie soll z.B. über die Verwendung des Etats, dem so genannten Regionalen Entwicklungsfonds, entscheiden. Ihr obliegt die Koordinierung der Zusammenarbeit der Bildungsinstitutionen sowie die Information mittels eines Bildungsberichts. Ein Regionaler Bildungsbeirat, bestehend aus Vertretern „vielfältiger Interessengruppen“, soll die Arbeit der Regionalen Steuergruppe begleiten und unterstützen. Ein Regionales Bildungsbüro nimmt sowohl Dienstleistungen für die Schulen als auch für die Regionale Steuergruppe wahr. Es soll die durchführende Kraft bei der Evaluation der Schulen sein, deren Unterstützungsbedarf ermitteln und Qualifizierungsmaßnahmen koordinieren.



Fritz Erb ist Vorsitzender des GEW Kreises und des ÖPR in Ravensburg, sowie Mitglied im BPR GHRS am RP Tübingen.

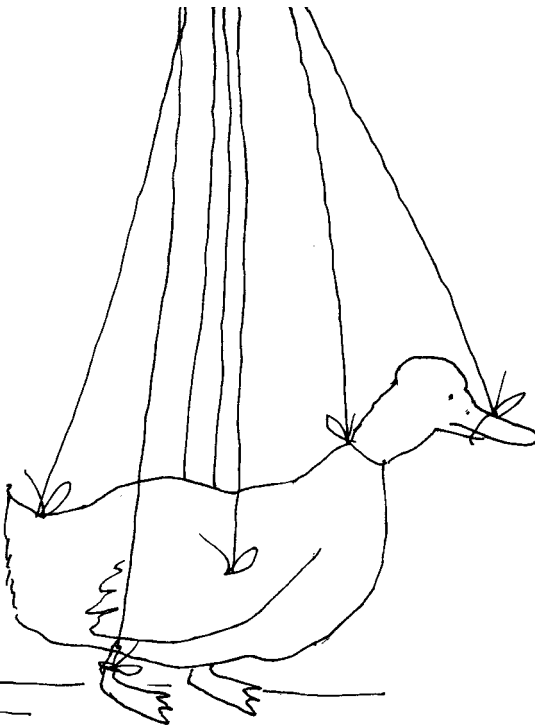
POSITIVE AUSSAGEN

- Grundsätzlich finden wir den Gedanken der erweiterten Zusammenarbeit und den Austausch unter den Schulen sehr erstrebenswert.
- Unser Entschluss mitzumachen kam vor allem aus der Überlegung, dass eine Schule jede Chance auf Netzbildung nutzen muss. Konkrete Ergebnisse dazu kann ich aber derzeit – nach einem Jahr – noch nicht nennen.
- Allein durch die Tatsache, dass der Ablauf organisatorisch besprochen werden muss, kommt ein Kollegium zwangsläufig auch über die Inhalte ins Gespräch. Da findet etwas statt, es werden Positionen und Gegenpositionen aufgebaut in Schulen, ich finde es sind teilweise fruchtbare Prozesse.
- Durch die Abwicklung der Fragebögen werden Grundfunktionen von Schule reflektiert, unbeschadet dessen, dass auch Fragen nicht relevant sind.
- Ich begrüße, dass ein Austausch über die Erfahrungen mit SEIS und der „Bildungslandschaft“ erfolgen soll.
- Als Steuergruppenmitglied begrüße ich die inhaltliche Ausgestaltung der Qualifizierungsbausteine.
- Grundsätzlich stehe ich der Einrichtung eines Regionalen Bildungsbüros weiterhin positiv gegenüber, wenn Nachhaltigkeit gewährleistet, der Nutzen für die Schulen klar erkennbar, demokratische Meinungsbildung an den Schulen möglich und die Personalvertretung informiert und eingebunden ist.

KRITISCHE AUSSAGEN

Belastung und Zeitaufwand

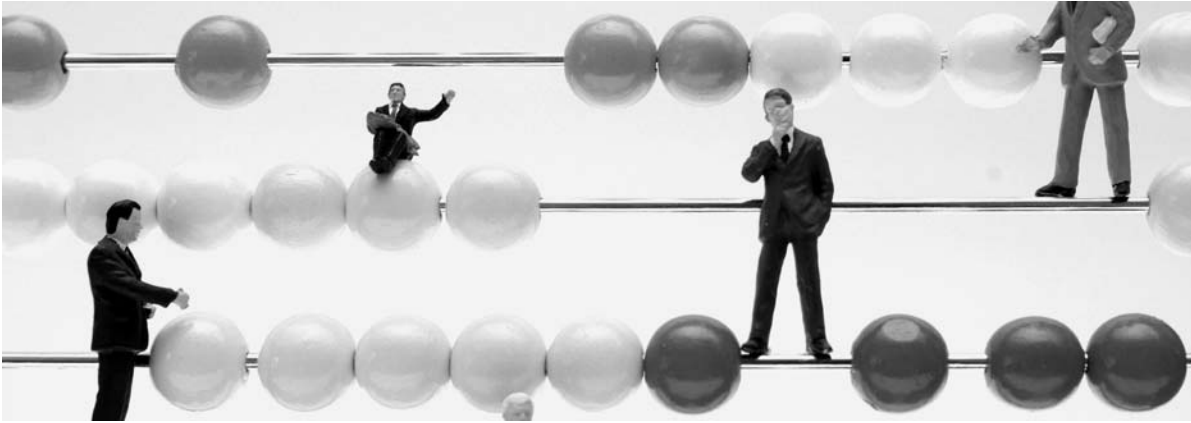
- Zunächst wurde unter immensem Zeitdruck das Projekt über die Schulen, entsprechende Gremien



Steuerungsinstrumente

und Kollegien durchgepaukt. War dies wirklich so nötig?

- Aus der Sicht eines Kollegen, der in der schulischen Steuerungsgruppe mitarbeitet und sich dafür eingesetzt hat, dass die Schule an diesem Projekt teilnimmt, leidet dieses Projekt vor allem unter der vorgegebenen Zeitschiene und einer mangelnden Transparenz bei seiner Einführung. So waren die Rollen der verschiedenen Gruppierung zu wenig deutlich herausgestellt und den Schulen wurde zu wenig verdeutlicht, was denn auf sie zukommen sollte.
- Die Organisation und Durchführung von Qualitätsmanagement an den Schulen bedarf eines großen zeitlichen Aufwands, der gerade in kleineren Kollegien eine außerordentliche Mehrbelastung der Kollegen/innen bedingt. Die Notwendigkeit von QM als Instrument zur Qualitätssicherung und -verbesserung besitzt wohl in den meisten Schulen die notwendige Akzeptanz. Heftigst zu kritisieren ist jedoch der Zustand, dass dieses „Geschäft“ (sich einlesen, Sitzungen vorbereiten und durchführen, Protokolle schreiben, Ergebnisse umsetzen, Telefonate, Mails, Besprechungen, Fortbildungen u.a.) ohne zeitliche Entlastung von den Kollegien durchgeführt werden soll – und dabei denke ich auch an die Schulleitungen.
- Die Teilnahme am Regionalen Bildungsprojekt brachte uns auf jeden Fall viele zusätzliche Termine und ein großes Ausmaß an zusätzlicher Arbeit. Ob sich dadurch auch die Qualität der Arbeit in den Schulen und die Zusammenarbeit unter den Schulen verbessern wird – das muss sich erst noch zeigen. Ich hoffe und wünsche es!
- Unsere Deputate sind so ausgerichtet, dass wir bei Erfüllung unserer Kernbereiche – neben Unterricht, Erziehungsarbeit mit Schülern und Eltern, Konferenzen, außerschulische Veranstaltungen u. a. – unsere Arbeit zu 100 Prozent erfüllt haben. Die Mitarbeit in Steuerungsgruppen bei Schulentwicklungsprozessen geht über das oben beschriebene Deputat hinaus und zwar deutlich. Da uns aber die Schulentwicklung und die weitere Qualitätssteigerung unserer Schule am Herzen liegt, sind wir bereit, uns an dieser Stelle zu engagieren. Wir sind aber nicht bereit, dieses über unser Deputat hinausgehende Engagement in Zeitfenstern zu erbringen, die bisher unserem Privat- bzw. Familienleben vorbehalten waren.
- ... Dabei fehlt es nicht am guten Willen der Kolleg/innen, aber eine gewisse Verzweiflung war in ihren Gesichtern nach Kenntnisnahme des Schreibens zu den „Qualifizierungsmaßnahmen für Steuergruppen“ zu erkennen. Wenn zusätzlich zum eigentlichen Kerngeschäft des Kollegiums langfristige und zeitaufwändige Aufgaben hinzukommen, dann muss von der Schulverwaltung auch dafür Sorge getragen werden, dass diese Lehrerinnen und Lehrer in ihren Unterrichtsverpflichtungen entlastet werden können; dies würde den Stellenwert von Schulentwicklung unterstreichen, den das Kultusministerium ja immer wieder hervorhebt.
- Eine Arbeitsverdichtung, bedingt durch die geplanten Qualifizierungsmaßnahmen für Steuergruppen



und Schulleitungen im Jahr 2007 (Firma MTO/Tübingen) habe ich so in meinem Berufsleben noch nie erlebt.

- Die zeitliche Planung der bisher angebotenen Fortbildungs- bzw. Qualifizierungsangebote lässt erkennen, dass das Bildungsbüro wenig Ahnung von schulischen Abläufen (Prüfungen usw.) hat. Ich finde Fortbildung, vor allem auch für Schulleitungen, sehr positiv – aber bitte zu Zeiten, an denen Schulleitungen außer Haus gehen können.

- Wenn ich jetzt als Rückblick auf 1 Jahr Bildungslandschaft Ravensburg etwas „Gescheites und Fundiertes“ schreiben wollte, dann müsste ich dafür wie-

der mehrere Stunden aufwenden. Sicher, die Zeit wäre gut angelegt – aber mein Schreibtisch ist voll von aktuell zu erledigenden Arbeiten ...

Das Evaluationsinstrumentarium SEIS der Bertelsmann Stiftung

- Wir wurden mit dem Hinweis auf eine wesentliche Unterstützung bei der Evaluation geködert. Nachdem dann 2.000 EUR bezahlt wurden (Manchen Schulen wurde diese Summe durch die Gemeinden vom Schuletat abgezogen!), erhielt die Schule u.a. Fragebögen für die Schüler, die vor allem im Grundschulbereich als sehr fragwürdig anzusehen sind. Fragen nach der SMV, dem Haushalt der Schule usw. sind in der Klassenstufe 3 unpassend.

- Die Untersuchung mit dem SEIS Instrument hat keine brauchbaren Ergebnisse gezeitigt. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die Fragen für unsere Schulart (SoS) so nicht passen. Manche Fragen haben eine einigermaßen homogene Klasse im Fokus, das ist aber bei uns nicht der Fall ... Kurzum das Instrument passt bei uns nicht.

- Na ja, die Fragebögen wurden in der Erwartung an Bertelsmann geschickt, dass nun ein zusammenfassender Bericht erscheinen würde, der uns aus externer Sicht Stärken und Schwächen unserer Schule aufzeigen soll. Was kam, war eine umfangreiche statistische Auswertung (Excel Tabellen und Diagramme), die jetzt auf einmal von der Schule selber kommentiert werden musste. Wir waren davon ausgegangen, dass unsere Aufgabe darin bestünde, die sich für die Schule ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen. So nach und nach kamen jedoch immer weitere Aufgaben hinzu. So stellte sich plötzlich die Frage, ob eine Schule die Kommentierung der Daten selbst übernehmen wolle oder eine Fremdkommentierung gewünscht werden. In diesem Zusammenhang wurde jedoch gleichzeitig darauf verwiesen im kommenden Jahr müsse die Kommentierung die Schule selbst leisten und dann gäbe es keine entsprechende Fortbildung dazu. Also entschlossen sich viele Schule die Kommentierung selbst zu leisten und Kolleg/innen auf die entsprechenden Fortbildungen bzw. Workshops zu schicken. Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir wohl anders entschieden und eine Evaluation in Gang gesetzt, die

Evaluation und Austausch

Die Bertelsmann Stiftung hat „aus der internationalen Praxis heraus“ das Steuerungsinstrument SEIS (Selbstevaluation in Schulen) erarbeitet und standardisiert. Die Schulen sollen zur Standortbestimmung und Sachstandsanalyse befähigt werden, Entwicklungsprozesse mit Hilfe von Daten evaluieren und planen können. Kernpunkt des Instruments sind Fragebögen für Schüler, Lehrer, Eltern, Ausbilder und sonstige Mitarbeiter. Die Stiftung verspricht sich davon, dass Schulentwicklung effizienter und nachhaltiger werde.

Zudem steht eine Software zur Administration und Auswertung der Evaluationsergebnisse zur Verfügung. Es könnten Daten basierte Schwerpunkte gesetzt und Entwicklungsziele formuliert werden. Ferner will Bertelsmann den Schulen bedarfsorientierte Fortbildungen anbieten.

Um den Erfahrungsaustausch einzelner Bildungsregionen untereinander zu vereinfachen, hat die Bertelsmann-Stiftung eine Online-Kommunikationsplattform für alle Schulen, die SEIS nutzen, eingerichtet. So sollten vor allem Vergleichsmöglichkeiten geschaffen werden, wodurch gezielt von den Erfahrungen anderer profitiert werden könne. Das Forum bietet ferner die Möglichkeit, direkten Kontakt mit den so genannten Kommentator-schreibern aufzunehmen. Letztere versehen eingereichte Schulberichte auf Wunsch mit ihrem Kommentar. Hierfür wurden sie von der Stiftung fortgebildet.

besser die Bedürfnisse unserer Schule berücksichtigt.

■ Unsere Schule wird im laufenden Schuljahr wohl nicht an der ursprünglich geplanten zweiten Erhebung von SEIS teilnehmen. Begründung: Was soll eine erneute Befragung, wenn noch gar keine Möglichkeit bestanden hat, aus den Ergebnissen erste Konsequenzen zu ziehen.

Fortbildungen und Umsetzung des Qualifizierungsprogrammes mit MTO (Firma in Tübingen)

■ Es läuft zuviel kopfgesteuert in einer schrecklichen trendhaften Modulerterminologie, die auch der Fortbildungspraxis der Versicherungswirtschaft entlehnt sein könnte. Die „Denke“ von Pädagogen und die Belastungskapazität von Schulleitungen sind den Mitarbeiterinnen des Bildungsbüros noch weitgehend fremd. Woher sollten sie es auch wissen, wenn wir es nicht sagen, bzw. uns wehren.

■ Sobald konkrete Fortbildungsangebote – nicht mehr nur allseits übertragbare und anwendbare nichtssagende Module – in die Region gehen, und das nach Wünschen der Schulen, wird die Akzeptanz spürbar steigen.

■ ... Bislang überwiegt allerdings die Enttäuschung, wobei das nicht dem Bildungsbüro anzukreiden ist. Hier haben gewissenhaft arbeitende Spezialisten ohne Schulerfahrung versucht, ein abstraktes Programm auf die Schuldetaillarbeit „herunterzubrechen“, was ohne stärkere Einflussnahme von Schulen und dem Schulamt im Vorfeld so nicht funktionieren konnte.

Schulische Steuergruppen

■ Nach meiner Erfahrung ist es besser, wenn nicht die Schulleitungen die Steuergruppen besetzen. Wenn dies durch Lehrer/innen geschieht, werden die Argumente und Denkprozesse besser ins Kollegium getra-

gen, so dass sie eher akzeptiert werden. Dann ist es nicht wieder etwas, was man machen soll.

■ Manche Schulleiter/innen sagen ihrem Kollegium gar nichts von den zusätzlichen Belastungen bzw. Terminen für die Steuergruppen und gehen mit ihrer Stellvertretung selber hin, um nicht erneut die Diskussion über Sinn und Unsinn der gesamten Maßnahme aufbrechen zu lassen.

■ Wir werden abwarten, ob die jetzt beginnenden Qualifizierungsveranstaltungen für unsere Steuergruppe etwas bringen und uns dann im Sommer für eine weitere Teilnahme oder dagegen entscheiden.

Ausgangspositionen und Strukturfragen

■ Wie kann das Ziel, eine „Regionale Bildungslandschaft“ entstehen, wenn nur ein Teil der Schulen bzw. Bildungseinrichtungen teilnehmen (können) und z.B. die vielen allgemeinbildenden Privatschulen im Kreis Ravensburg sich völlig ausklinken?

■ Allgemein wird die Rückendeckung der Schulen z.B. bei Entlastungsfragen durch das Schulamt gegenüber dem Bildungsbüro, dem Landratsamt und dem KM bemängelt. Es stellt sich für uns so dar, als ob das Schulamt nur noch „an der langen Leine des LRA“ laufen darf.

■ Ein weiterer Aspekt, der zum Zeitpunkt der Entscheidung, ob Teilnahme ja oder nein, für die Schule so nicht transparent war, war die Rolle der regionalen Steuergruppe. Dargestellt wurde dieses Projekt in der Form, dass die Schulen ihre Daten auswerten, die ihrer Meinung nach wichtigsten Handlungsfelder als Schwerpunkte angehen und die daraus resultierenden Maßnahmen ableiten würden. Insofern verwundert, dass dann von der regionalen Steuergruppe Ende November veröffentlicht wurde, dass „Übergang von der Schule in den Beruf“ von zentraler Bedeutung sei. „Die regionale Steuerungsgruppe hat deshalb entschieden, auf diesen Bereich einen ersten wichtigen Schwerpunkt zu legen.“ (Zitat Meschenmoser, 1. Landesbeamtin LK Ravensburg). Dabei liefen zu der Zeit



in den meisten Schulen noch die Vorbereitungen für die Interpretationskonferenzen. Geht es also doch eher um zentrale Steuerung von Schulverwaltung und Landkreis als um die eigenständige Weiterentwicklung der Schulen vor Ort. Dabei stellt sich auch die Frage, woher der Landkreis dieses Einwirken legitimiert.

■ Warum werden strukturelle Fragen/Themen von vornherein außen vor gelassen? Wie:

- die frühe Auslese in Klasse 4,
- übergroße Realschulen und bestandsgefährdete wohnortnahe Haupt- und Grundschulen, die kaum mehr Fachlehrer/innen haben und trotzdem zu viele Lehrerstunden und andere Kosten „verbrauchen“,
- Brennpunktschulen, die nur deshalb entstehen, weil selektiert wird,
- Zerstörung intakter Strukturen der Schulaufsicht (Verwaltungsreform),
- erschwerte Bedingungen an den Staatl. Schulen wg. der Privatschulen,
- Verdrängungswettbewerb bei der Suche nach Ausbildungsplätzen,
- die Versagerquote in fast allen Schularten ist systemimmanent (die Verschiebung an die nächstuntere Schulart oder die Klassenwiederholung ist so gewollt, sonst würde man nicht so früh selektieren) ...

■ Grundgedanke: Wenn niemand gewillt ist, bei den offensichtlichen Schiefen und Grundfehlern unseres Bildungssystems anzufangen, wo soll dann die Bereitschaft der Mitarbeiter sein, an irgendwelchen dritt-rangigen durch SEIS ermittelten Dimensionen zu arbeiten und herumzudoktern.

■ Wenn von Helsinki bis Palermo und von Toronto bis ... und durch zig Studien deutlich gemacht wurde, dass unser System die Versager und Abbrecher produziert, was soll dann dieses systemimmanente Projekt bewirken, das genau daran nichts ändern darf, ja nicht einmal dies untersuchen darf!

■ Wir Personalräte haben uns vor etlichen Jahren – gegen den gesunden Menschenverstand vieler Kolleg/innen – für den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen stark gemacht und müssen uns jetzt vorkommen lassen, dass aus den Ergebnissen keinerlei Konsequenzen gezogen werden. Soll uns das wenige Jahre nach unserem begeisterten Anfang beim AGS mit der RBL schon wieder passieren?

■ Zum einen sind wir der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch zu wenig über den Erfolg oder Nichterfolg dieses Projektes gesagt werden kann, aber zum anderen stellen wir fest: Alles in allem finden wir die bisherigen Erfahrungen mit der RBL sehr enttäuschend. Wir sind nahe daran, aus dem Projekt auszu-steigen.

■ Wenn ich im RBL Projekt „angestrebte Verbesserungen“ und „Ansätze“ anschau, stellen sich folgende Probleme bei:

- „systematische und strukturierte Verzahnung“: ... dessen, was vorher auseinandergerissen wird und durch unterschiedliche Pläne und getrennt wurde
- „möglichst ohne Brüche“: ... kitten, was vorher mutwillig zerbrochen wurde

- „Stärken und Schwächen zu identifizieren“: ... der einzelnen Schule oder Einrichtung, aber nicht des Systems !!

Links:

www.lobbycontrol.de
www.das-macht-schule.de
www.bildungslandschaft-ravensburg.de
www.stadtverwaltung.freiburg.de/servlet/PB/menu/1144174_11/index.html
www.schule-bw.de/unterricht/evaluation/sev/basisinstrument_html/fragebogen
<http://forum.das-macht-schule.de/index.php>
www.gew-bw.de/Tettnang.html

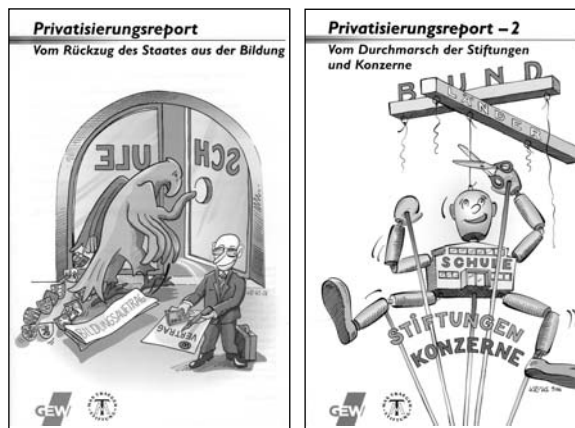
Privatisierungsreports der GEW

Die GEW hat zwei Broschüren zu Privatisierungen herausgegeben:

- Privatisierungsreport – Vom Rückzug des Staates aus der Bildung (Februar 2006)

- Privatisierungsreport 2 – Vom Durchmarsch der Stiftungen und Konzerne (Oktober 2006)

Beide sind zum Preis von 1,50 EUR/Stück erhältlich über den GEW Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt, Telefon: (069) 78973-0, E-Mail: info@gew.de



Kritik an Bertelsmann

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Stiftung unabhängig und parteipolitisch neutral. Kritiker werfen Bertelsmann hingegen vor, eine Privatisierung der Bildung nach neoliberaler Logik zu betreiben. Die inhaltliche Initiative liege bei der Stiftung, die finanzielle Last trage aber größtenteils der Steuerzahler. Auch vermissen die Kritiker die demokratische Legitimation der „Bertelsmänner“, am politischen Gestaltungsprozess mitzuwirken. Sie beobachten einen allgemeinen Trend zum so genannten Private Public Partnership, also einen schleichenden Prozess der Privatisierung der Politik. „Lobbyisten arbeiten in Ministerien mit“, beschreibt beispielsweise der gemeinnützige Verein LobbyControl diese „Grauzonen der Politik“, dessen Mitglieder aus sozialen Bewegungen oder aus der Wissenschaft stammen. LobbyControl setzte sich für mehr Transparenz und eine demokratische Kontrolle ein. Mit Hilfe eines Internetportals kombiniert die Organisation aktuelle Recherchen, wissenschaftliche Hintergrundanalysen und Kampagnenarbeit. Netzwerke und koordiniertes Lobbying hinter den Kulissen sollen aufgezeigt werden.

Privatisierung verstärkt Ungleichheit

Die Privatisierung von Bildung ist eine Bedrohung für Kinder und Lehrkräfte. Inge Goerlich beschreibt die Auswirkungen und die Forderungen der GEW.

Inge Goerlich ist Geschäftsführerin des GEW-Bezirks Nord-Württemberg.

Weitere Infos auch unter:
www.statistik.baden-wuerttemberg.de

Das Schulgesetz von Baden-Württemberg nimmt in § 1 (1) zum Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule wie folgt Stellung: „Der Auftrag der Schule bestimmt sich aus der durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Baden-Württemberg gesetzten Ordnung, insbesondere daraus, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat und dass er zur Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorbereitet werden muss.“

Die Realität sieht jedoch anders aus. Bereits 2005 stellte der GEW Gewerkschaftstag in Erfurt fest: „Die staatliche Aufgabe, das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, gerät in immer schärferen Widerspruch zu dominanten neoliberalen Wirtschaftszielen. Das Gemeinwohl wird mehr und mehr dem Ziel privater Gewinnmaximierung geopfert. Staatlichen Bildungseinrichtungen droht die Privatisierung bzw. die Unterwerfung unter privatwirtschaftlich organisierte Steuerung. Der Erfolg von Bildung wird zunehmend an rein ökonomischen Verwertungskriterien gemessen. Diese Entwicklungen und Bestrebungen gefährden in hohem Maße einen gleichen und freien Zugang zu Bildung für alle.“ (GEW Broschüre „Bildung ist keine Ware“, Seite 4).

Nach dem Bericht des Statistischen Bundesamtes vom 28.12.2006 besuchte jedes 14. Kind eine private Schule. Gut 89.000 Schüler besuchten im Schuljahr 2005/06 eine der 313 Privatschulen im Land Baden-Württemberg, das waren knapp 7 Prozent der Gesamtschülerzahl. Während die Schülerzahl in den letzten 20 Jahren an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen um gut 17 Prozent zunahm, war die Steigerung an den privaten Schulen mit 56 Prozent mehr als dreimal so hoch. Jeder dritte „Privatschüler“ geht auf ein Gymnasium, jeder vierte auf eine Freie Waldorfschule.

Einen besonderen Anstieg verzeichneten in den letzten Jahren die privaten Beruflichen Schulen. Motivation sind hier vor allem mangelnde Angebote an staatlichen Beruflichen Schulen bzw. die Hoffnung, mit Hilfe gezielter Förderung im BEJ, BVJ, BK oder der Sonderberufsschule den schulischen Abschluss zu verbessern und im Anschluss eine Ausbildungsstelle zu finden.

Ab 2008 werden private Schulen in Folge der Novellierung des Privatschulgesetzes vom 7. März 2006 noch mehr gefördert. Ziel ist, die staatlichen Zuschüsse für alle Schularten auf 80 Prozent anzuheben. Diese Politik Baden-Württembergs wird voraussichtlich zur Folge haben, dass die Anzahl von privaten Anbietern weiter zunehmen wird. In Zeiten sinkender

Schülerzahlen und der Diskussion um die Schließung von Schulstandorten werden private und öffentliche Schulen stärker als bisher zueinander in Konkurrenz treten und auch unter Effizienzaspekten miteinander verglichen werden:

Vergleicht man öffentliche und private Schulen unter dem Aspekt der Personalkosten, so geraten öffentlich besoldete bzw. bezahlte Lehrkräfte gewaltig unter Druck, zumal sich das Verhältnis zunehmend zu Lasten der Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst verschiebt. 95.001 Lehrkräften an allgemein bildenden Schulen (davon 21.325 an Beruflichen Schulen) standen im Schuljahr 2005/6 bereits 11.069 beschäftigte Lehrkräfte an privaten Schulen (davon 5.506 an beruflichen Schulen) gegenüber. Im Schuljahr 2005/6 nahm die Anzahl der Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst im Vergleich zum Vorjahr um 1,25 Prozent zu, an Privatschulen um 4,4 Prozent. Und obwohl die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an privaten Schulen durchweg schlechter sind als an staatlichen Schulen, die Unterrichtsverpflichtung teilweise bis zu 35 Stunden geht, die Bezahlung schlechter ist, sind die „Erfolge“ der privaten Schulen im Schnitt besser als im öffentlichen Schulwesen: Weniger Schüler bleiben sitzen, mehr erhalten den entsprechenden schulischen Abschluss.

„Die GEW setzt sich deshalb (im Beschluss des Gewerkschaftstages 2005) für eine Politik der Sicherung des Menschenrechts auf Bildung für alle ein. Die Wissensgesellschaft verlangt mehr und besser qualifizierte, sozial verantwortlich handelnde Menschen. Unterschiedliche Lebensbereiche und Zugangsbedingungen sollten berücksichtigt werden.

Zur Sicherung dieses Rechts fordert die GEW Chancengleichheit, d. h. gleiche Zugangsrechte und eine ausreichende öffentliche Finanzierung.

Dazu gehört auch eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen durch Tarifverträge und Vereinbarungen. Bessere Arbeitsbedingungen sind eine notwendige Voraussetzung für die qualitative Weiterentwicklung des Bildungswesens.“ (GEW Broschüre „Bildung ist keine Ware“, S. 6)

Bildung ist keine Ware

Ausführliche Informationen in der eben erschienenen Broschüre der GEW: Bildung ist keine Ware – Beschluss des GEW Gewerkschaftstages vom 25. April 2005. Die Broschüre enthält vertiefende Texte, Tabellen und Grafiken. Für Mitglieder im Internet unter www.gew.de/Publikationen oder als gedruckte Broschüre in den GEW Geschäftsstellen erhältlich.